

Die Lupe

Winter 2023 / 2024

Helfen statt reden - DIE LINKE bürgernah, sozial und für Frieden!

LL-DEMO 14.01.24

| | | | | | | | |
|----------|---------------------|----------|------------------|----------|-----------------------------------|----------|--------------------------------|
| 6 | 10h Frankfurter Tor | 5 | Lasst uns reden! | 6 | Wir zahlen nicht für Eure Spiele! | 8 | Schwester was bleibt uns denn? |
|----------|---------------------|----------|------------------|----------|-----------------------------------|----------|--------------------------------|



Bezirksverband
Tempelhof-Schöneberg

Digitalisierung verdrängt immer mehr analoge Teilhabe

Die Digitalisierung schreitet voran und es gibt fast keinen Bereich im öffentlichen Leben mehr, der nicht davon betroffen ist, beispielsweise bei der Terminvergabe beim Bürgeramt, bei der Bank oder für eine banale Eintrittskarte im Kulturbereich. Daher ist es wichtig zu erfahren, wie Menschen analog künftig eine Chance mit ihrem Anliegen an das Bezirksamt haben und auch, wie sie an wichtige Informationen kommen, denn die öffentliche Verwaltung hat Verantwortung, dass ihre Dienstleistungen barriere- und diskriminierungsfrei von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können. Nicht nur viele ältere Menschen haben keinerlei Bezug zum Internet, aber sie haben ein Telefon und die Post gibt es ja auch noch. Die Linke hat zum Thema Digitalisierung der Verwaltung und analoge Teilhabe von Menschen in den Bezirksstrukturen eine Große Anfrage mit verschiedenen Fragen zur Problematik gestellt. Die Beantwortung durch Bezirksstadtrat Steuckardt (CDU) war nicht so ausführlich wie gewünscht, sie gibt aber Hinweise über bevorstehende Veränderungen. „Das Ziel der Verwaltungsdigitalisierung besteht darin, dass die Vorgangsbearbeitung durchgängig digital stattfindet.“ Analoge Angebote soll es jedoch künftig weiterhin geben. Das ist zumindest erst mal für Menschen ohne Internet beruhigend, aber verlassen sollte man sich darauf nicht. In den nächsten geschätzten 5-10 Jahren bis zur vollständigen digitalen Umsetzung der Verwaltung kann sich aber in der Angebotsstruktur einiges ändern, was nicht zum Vorteil der analogen Teilnehmenden sein dürfte.

Zum einen ist die Digitalisierung ein Fortschritt, der vielen Menschen Wege und Zeit einspart, aber es ist

natürlich auch zu bedenken, dass dieser technische Fortschritt voraussetzt, dass die Menschen das Anwendungs-Wissen haben und zum anderen, dass sie mit Geräten entsprechend ausgestattet sind. Dabei wird eine Technik gewissermaßen verordnet, und da fangen die Schwächen an, denn nicht jeder möchte nur noch alles digital erledigen, oder sich extra dafür die Technik kaufen und kann es sich finanziell auch nicht leisten.

Außerdem geht bei der sich ausbreitenden Digitalisierung der menschliche Kontakt und damit die vertrauensvolle Atmosphäre verloren. Die Verbindlichkeit und der freundliche Umgang entfallen damit komplett. Inzwischen muss man dafür kämpfen, dass die analoge Teilhabe im öffentlichen Bereich gewährleistet sein muss, denn niemand darf ausgeschlossen werden.

Viele Menschen haben Angst vor dieser Entwicklung, von der Gesellschaft ausgegrenzt zu werden.

Die Linke findet: Digitalisierung der Verwaltung ohne analoge Angebote, auf Kosten von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, um vielleicht Geld und Personal zu sparen, gefährdet den sozialen Frieden. Es muss auch in Zukunft, analoge Angebote in der Kommunalverwaltung geben. Gefährdet ist auch die Sicherheit des digitalen Systems, denn wenn eine Störung auftaucht, funktioniert für Tausende von Menschen erst mal nichts mehr.

Elisabeth Wissel

Bezirksverordnetenversammlung

am 18. Oktober 2023

Geplante Bebauung am Kleistpark liegt auf Eis

Mit einer Mündlichen Anfrage von DIE LINKE wurde nach dem Stand des Bauvorhabens am Kleistpark / Ecke Willmannsdamm gefragt. Denn seit fast 10 Jahren gibt es von einem Investor die Absicht dort ein Gebäude zu platzieren, genau über einem U-Bahnhof. Dies ist aus bautechnischen Gründen schon sehr heikel, und dürfte auch über den normalen Kosten für ein Apartmenthaus für Student:innen liegen. Die zuständige Stadträtin Majewski (CDU) erläuterte die Antworten, wonach der letzte Kontakt mit dem Vorhabenträger 2020 stattgefunden hätte und des Weiteren müssten noch andere Sachverhalte, für die das Bezirksamt nicht zuständig ist, geklärt werden. DIE LINKE ist empört, denn seit Jahren ist die Fläche für die Öffentlichkeit nicht zugänglich und wie es mit den Bauvorhaben weiter geht ist ebenso ungewiss. Am besten wäre, wenn der Investor von seinem Bauvorhaben Abstand nehmen würde, und die freie Fläche als Stadtplatz ggf. mit diversen Angeboten, genutzt werden könnte.

Kleingartenkolonie (KG) Morgengrauen wartet immer noch auf Ersatzflächen

Mit der Kündigung von Kolonien geht es in der Regel schneller, als mit der Bereitstellung von Ersatzflächen, die den Kleingärtnern bei einem Wegfall der Kolonie als Kompensation zustehen. Aber immerhin gibt es Planungen, wonach das Schöneberger Südgelände für 15 Parzellen hergerichtet wird. DIE LINKE fragte mit einer Mündlichen Anfrage darüber hinaus, nach der konkreten Planung auf dem ehemaligen KG-Gelände. Dort soll 2024 ein Schulergänzungsbau in modularer Holzbauweise entstehen, so Stadträtin Majewski (CDU). Doch bis es soweit ist, müssen noch das Vergabeverfahren und die restlichen Rückbaumaßnahmen erfolgen. KG haben, insbesondere für eine Großstadt, eine wichtige Klimafunktion, daher ist uns als DIE LINKE wichtig, wenn wir schon einen

Abriss nicht verhindern können, dass Ersatzflächen geschaffen werden.

Neue Mitte Tempelhof (NM TH): Planungen stocken, trotz hohem Bedarf an Wohnungen

DIE LINKE stellte hierzu eine Große Anfrage, doch zu den Planungen und Umsetzungen, wie und wann der Baustart ist, gibt es keine konkreten Antworten von Stadtätin Majewski (CDU). Vorbereitende Untersuchungen und Beteiligung der Öffentlichkeit begannen schon 2016, aber erst seit Januar 2023 soll nun ein privater Dienstleister die „komplexen Zusammenhänge des Gesamtvorhabens“ strukturieren und 2024 präsentieren. Betroffen ist das u.a. das Rathaus Tempelhof mit einem Anbau, die Götzstraße mit einem Neubau der Bibliothek und dem Schwimmbad, der Kleingartenanlage „Feldlerche“, die leider weichen muss, der Neugestaltung des Franckeparks und dem Neubau des Polizeigebäudes. Außerdem sollen dort 500 Wohnungen entstehen.

Klar war von Anfang an, dass mit einem neuen Polizeigebäude (und Abriss des alten) gestartet werden soll. Doch davor musste die Investitionsplanung noch rückwirkend abgesichert werden, denn die Mittel standen nicht im Landes-Haushaltsplan. Zum Hallenbad gebe es eine Machbarkeitsstudie, die noch in der finalen Abstimmung sei. Insgesamt gibt es keine konkreten Aussagen zu den anderen Komplexen. Aber das Bebauungsplanverfahren zum Polizeigebäude wird weiter betrieben und voraussichtlich in 2024 abgeschlossen, danach könnten auch die weiteren Vorhaben umgesetzt werden. So zumindest ist das Wunschdenken von Stadträtin Majewski. DIE LINKE kritisiert vor allem, dass es mit dem Wohnungsbau nicht vorangeht, denn gerade da wollte die neue Senatskoalition schneller als ihre Vorgänger sein.

Elisabeth Wissel

Helpen statt reden - DIE LINKE im Rathaus Schöneberg

ist für Sie da!



Elisabeth Wissel
Fraktionsvorsitzende
elisabeth.wissel[at]
linksfraktion-ts.de



Katharina Marg
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
katharina.marg[at]
linksfraktion-ts.de



Harald Gindra
Kassenwart
harald.gindra[at]
linksfraktion-ts.de

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg:

John-F. Kennedy-Platz 1,
10825 Berlin
Raum 2115
Tel: 90 27 74 898
90 26 59 3486
kontakt[at]
linksfraktion-ts.de
Sprechstunde:
Mi. 15-17 Uhr

Bezirksverordnetenversammlung

am 15. November 2023

Unklares Wissen über Regenwassermanagement auf dem Tempelhofer Feld

Die Linke fragte in einer Mündlichen Anfrage, ob das Tempelhofer Feld u.a. als Versickerungsfläche gilt, denn aufgrund der vormaligen Nutzung als Flugfeld ist dies nicht so klar, wie man erst mal vermutet. Die Beantwortung über die zuständige Bezirksstadträtin Ellenbeck (Grüne) fiel leider mager aus. „Es ist von einer Versickerungsleistung des Feldes im Sinne der „Schwammstadt“ auszugehen“.

Nähere Informationen hat das Bezirksamt offensichtlich nicht. Auch zu der Frage, ob das unterirdische Entwässerungssystem, das das Regenwasser in die Kanalisation ableitet, noch aktiv ist, lägen keine Informationen vor. Als „Schwammstadt“ bzw. große Versickerungsfläche für das Regenwasser ins Grundwasser wäre dies heute allerdings erforderlich, aber offensichtlich ist das in der Behörde eher nachrangig.

Gehäufte Wohnmängel bei Instandsetzungs- und Sanierungsarbeiten

Immer öfter kommen der Linken Nachrichten zu Ohren, dass es bei Arbeiten am Haus gehäuft leider auch zu Wohnmängeln kommt. Mit massivem Schimmelbefall haben derzeit Mieterinnen und Mieter bei vielen Wohnungen der Degewo im Greizer Viertel, in Marienfelde, zu kämpfen. In einer Mündlichen

Anfrage fragte die Linke, an wen sich die Mieter beispielsweise bei Schimmelbefall wenden können, wer sie unterstützt mit ihrem Anliegen. Die zuständige Stadträtin Majewski (CDU) verwies auf das Gesundheitsamt, soziale Dienste und Senioren. Bei der Nachfrage, wie das Bezirksamt eine provisorische Abdeckung von Dächern mit einer Plane über Jahre beurteile, war die Antwort eher allgemein gehalten, dass grundsätzlich nichts dagegen spreche. Die Linke erwartet vom Bezirksamt die Unterstützung der Mieterinnen und Mieter, gegenüber der Degewo. Denn wenn Wasser über das nur notdürftig abgesicherte Dach in die oberen Wohnungen eintritt und extremen Schimmel verursacht, muss das Bezirksamt sich den Schaden vor Ort ansehen und entsprechend Dringlichkeit gegenüber der Degewo anmahnen. In einem Antrag hatte die Linke auch eine „Schimmelhofline“ gefordert, der aber von den anderen Fraktionen als überflüssig gesehen wurde.

Zweckentfremdung durch Leerstand in der Ansbacher Straße

Das Bezirksamt wurde schon auf die Eigentümerin mit ihrem regelwidrigen Verhalten in der Ansbacher Straße 33-35 aufmerksam. Die Linke fragte wegen dem Leerstand nach und wie die weiteren Schritte erfolgen.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Die BVV am 15. November 2023

Der zuständige Stadtrat Steuckardt (CDU) erläuterte die Situation, nach der in der Nummer 33 derzeit kein Verfahren anhängig sei, jedoch gäbe es in der Ansbacher Straße 35 eine Anordnung zur Wiederherstellung der Wohnräume und der Rückführung auf den Wohnungsmarkt. Ein Zwangsgeld musste in diesem Fall schon festgesetzt werden, da die Hausbesitzerin

bisher die Anordnung ignorierte. Dieser ganzen Problematik liegt ein Rechtsstreit zugrunde, mit Abrissgenehmigung und Neubau, aber letztendlich nicht vollständiger Umsetzung im genehmigten Zeitraum. Weitere Maßnahmen vom Bezirksamt sind nicht geplant, obwohl die Bausubstanz wegen des Instandsetzungs-Stillstands erheblich leidet.

Elisabeth Wissel

Bezirksverordnetenversammlung

am 13. Dezember 2023

Unsachgemäße Sanierungsarbeiten mit Folgen für die Mieter

In einer erneuten Mündlichen Anfrage von Die Linke bzgl. Wohnmängel während der noch nicht abgeschlossenen Arbeiten in 16 Degewo-Häusern im Greizer Viertel in Marienfelde, gibt es immer noch keine Absichtserklärung, dass das Bezirksamt in der Sache des massiven Schimmelbefalls, tätig wird. Es läge laut Bezirksstadträtin Majewski (CDU) keine „konkrete Auflistung der betroffenen Wohnungen, den aufgetretenen Mängeln, sowie den Kontaktdaten der einzelnen Mieter vor.“ Nach Aussagen des Mietervertreters Herr R.D. liegen dem Bezirksamt jedoch alle Unterlagen vor. Unterstellt wird außerdem, ob Herr R.D. „befugt ist, für alle Mieter zu sprechen“. Zur Degewo sei immerhin die Bitte um eine kurzfristige Mitteilung, die Schäden betreffend, verschickt worden. Die Mieterinnen und Mieter im Greizer Viertel wollen endlich, dass ihre massiven Schimmelschäden, neben den anderen schlecht durchgeführten Sanierungsarbeiten in ihren Wohnungen, beseitigt werden und sie hätten sich etwas mehr Unterstützung von der CDU geführten Fachabteilung erwartet.

Beschulung geflüchteter Kinder ist noch nicht zufriedenstellend

Die Linke fragte mit einer Mündlichen Anfrage nach, wie die angespannte Beschulungssituation für geflüchtete Kinder gelöst wird und wie Integration unter diesen Umständen stattfinden kann. Der zuständige Bezirksstadtrat Dollase (parteilos) führte aus, dass derzeit fast 1100 Kinder und Jugendliche in sogenannten Willkommensklassen beschult werden.

Je nach Kompetenzstand der zu Beschulenden können sie dann in eine aufnehmende Klasse integriert werden, ebenso, ob Fachunterricht angeboten werden kann. Das Bezirksamt hoffe nun auf Hilfe, „die sich künftig um die Versorgung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen mit Schulplätzen im Rahmen eines zentralverwalteten Schulangebots kümmern soll“. Das Problem wird damit leider nur verlagert. Es fehlen die Schulplätze um die sich in den letzten Jahren zu wenig, und nicht mit Vehemenz, gekümmert wurde.

Bei der Kältehilfe im Bezirk hat sich zum Vorjahr nichts verändert

Die SPD stellte hierzu eine Große Anfrage, dabei wurde deutlich, dass es nicht mehr als 45 Plätze im Bezirk gibt, obwohl von Jahr zu Jahr mehr Kältehilfepplätze (von Oktober bis März) benötigt würden. Die Angebote zum Vorjahr sind somit nicht gestiegen und auch in Berlin insgesamt sind die Plätze nicht mehr geworden. Es ist nicht nur die Kältehilfe, die unzureichend angeboten wird, schlimm ist das ganze System, dass Menschen ihre Wohnung verlieren können und dadurch erst in solch eine Lage kommen können, dass sie auf der Straße leben müssen, das ist menschenunwürdig. Mehr konstruktive Hilfe für Menschen, die dies brauchen und weniger sogenannter Leuchtturm-Projekte wäre bitter nötig.

Elisabeth Wissel

Ökonomisierung erfolgreich, Patient tot?

„Lasst uns reden!“ Diskussion über Missstände im Gesundheitssystem und über das Wenckebach-Klinikum in Tempelhof

Für die regelmäßige Veranstaltungsreihe im „KIEZBÜRO Sebastian Scheel“ in der Kaiserin-Augusta-Str. 75 in Tempelhof, hat unser Abgeordneter im Abgeordnetenhaus von Berlin, Sebastian Scheel, am 23. November zwei Gäste eingeladen: Tobias Schulze, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus und Elisabeth Wissel, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Rathaus Schöneberg (BVV). Unter dem Motto „Gesundheit ist keine Ware! Wenckebach muss bleiben!“, fanden sich viele Interessierte für das Lokalthema, das als Beispiel aber auch mit dem allgemeinen Kliniksterben in Berlin und der gesamten Bundesrepublik verknüpft ist.

Das Wenckebach-Klinikum soll mit dem „Umzug“ in das 3,8km entfernte Auguste-Viktoria-Klinikum bis 2030 als solches nicht mehr bestehen. Die wichtige Notaufnahme ist, neben anderen Fachbereichen, aber bereits jetzt schon geschlossen. Und so ist es keine Seltenheit, dass Menschen in Not immer wieder an den Pforten des denkmalgeschützten Gebäudes abgewiesen bzw. an eine andere Notaufnahme verwiesen werden. Nicht nur durch diese eingetretene Befürchtung, setzen sich in einer sehr breit aufgestellten Initiative, die sich vor allem auf zahlreichen Anwohnern rund um die Klinik stützt, viele Menschen für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ein.

Diese Erfahrung schürt weiterhin die Vorahnung, dass auch der geplante Bildungscampus und die ambulanten Versorgungsangebote, die den wohnortnahen Wegfall kompensieren sollen, ebenso bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden. Bei einem von Vivantes bezifferten Investitionsvolumen von etwa 340 Mio. Euro in zehn Jahren und einer im „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)“ eingestellten Summe von 10 Mio. Euro, erscheint das Bemühen um einen wohnortnahen Ersatz (und Bildungsausbau), gelinde gesagt, unglaub-

würdig. In der Investitionsplanung ist das Projekt bisher nicht berücksichtigt. Und doch zeigt sich am Beispiel Wenckebach das, was die meisten Menschen bei einem medizinischen Besuch in den Kliniken verspüren. Nämlich, dass die ökonomische und nicht die medizinisch fundierte Ausrichtung das Gesundheitssystem bestimmt. Nicht nur die Patienten haben dabei das Nachsehen. Über den berühmten „Drehtür-Patienten“ wird Ihnen jedes Krankenhauspersonal einen Vortrag halten können. Dort wo die Aufgaben größer werden (Stichwort Demographie und mehr Hitzetode durch die Klimaerwärmung) aber die Kapazitäten sinken, braucht es neben angemessenen Löhnen, auch Arbeitsbedingungen, die besonders durch die Umstände des Schichtdiensts ein Privatleben ermöglichen.

Eine kostendeckende Krankenhausfinanzierung auf Grundlage gemeinwohlorientierter und gut gearbeiteter Bedarfsanalysen, statt diagnosebezogener Fallpauschalen und Profitorientierung. Das hilft uns allen, auch dem Krankenhauspersonal. Ansonsten heißt es am Ende: Ökonomisierung erfolgreich, Patient tot!

Stanislav Jurk



Sebastian Scheel MdB

www.sebastianscheel.de
[kontakt\[at\]sebastianscheel.de](mailto:kontakt[at]sebastianscheel.de)

Kiezbüro

Kaiserin-AugustaStr. 75
12103 Berlin
Tel: 030 66 86 42 45
Mo - Do. : 10-16 Uhr

Sprechstunden:

Sebastian Scheel :
2. u. 4. Do. 12-14 Uhr
Elisabeth Wissel, BVV:
1. Mo., 16-18 Uhr

Sozialberatung

Doris Hammer:
2. u. 4. Do., 15-17 Uhr



Ehrungen an Rosa und Karl

Sonntag, 14.01.2024 | 10h | LL-DEMO | Treffen U-Bahnhof Frankfurter Tor
Traditionelle Luxemburg-Liebkecht-Demonstration vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

Montag, 15.01.2024 | 16h | Gedenkveranstaltung zu Rosa Luxemburg

Ort: Cranachstraße 58, in Berlin-Friedenau

Die Friedensinitiative Schöneberg ruft erneut zu ihrer jährlichen

Gedenkveranstaltung in Berlin-Friedenau, nahe dem Dürerplatz auf.

Wir zahlen nicht für Eure Spiele! –

Olympia in Berlin: Millionengrab verhindern!

Als hätte Berlin keine anderen Probleme, werkeln der Berliner Senat und der DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) an einer erneuten Bewerbung der Stadt für die olympischen Sommerspiele. Olympia ist für die ausrichtenden Städte immer ein Millionengrab:

die Hauptlast der Ausgaben liegt bei den Kommunen. Das IOC (Internationales Olympisches Komitee), nicht gerade für Transparenz und Korruptionsresilienz bekannt, macht den Profit, Gesamt- und Folgekosten sprengten bislang immer den vorgesehenen Rahmen, und die ausrichtenden Kommunen bleiben auf dem Defizit sitzen. Die gänzlich intransparente Vertragsgestaltung des IOC tut ihr übriges dazu.

Doch Olympia ist nicht nur das finanziell risikoreichste Großprojekt an dem man sich momentan so verheben kann: Die Mega-Sause der Funktionärseliten stellt die ausrichtenden Städte vor weitere Probleme. Die Spiele verschärfen immer die Wohnungsnot vor Ort, beeinträchtigen Grundrechte der „Sicherheit“ wegen, und schränken den Alltag ein. Und immer leiden die Breitensportangebote.

Doch ausgerechnet die Olympischen Spiele 2036 nach Berlin holen zu wollen, ist geschichtspolitisch nicht nur dumm, sondern auch dreist. Nicht „trotz“, sondern „wegen“ der faschistischen Spiele 1936 solle Berlin Austragungsort sein:

wohl als endgültige Manifestation der „Wiedergutwerdung der Deutschen“ (Eike Geisel). Unter Vermeidung jeglicher Riefenstahl'scher Ästhetik können wir uns dann auf Wettkämpfe wie den Vergangenheitsbewältigungssprint oder den Reparationsvermeidungshürdenlauf freuen. Und degradieren Sportler*innen und Fans aus aller Welt zu Statisten des urdeutschen Verlangens, den Faschismus mit neuen, positiven Bildern zu überdecken, um ihn so dauerhaft

aus dem Bewusstsein zu verdrängen. Die BRD scheiterte seit '89 bereits mit sieben Bewerbungen. Das gibt Grund zur Hoffnung. Mal scheiterte man aufgrund von Inkompetenz. Gelegentlich auch, weil in Volksabstimmungen die Bevölkerung sich gegen diese Elitenparty wandte.

Auf eine Abstimmung zur Berliner Bewerbung wird man sich daher wohl nicht einlassen, sondern in der Tradition intransparenten Geklüngels an den Interessen und Bedürfnissen der Berliner Bevölkerung vorbei regieren. Bereits jetzt sind 1,5 Millionen Euro im Berliner Haushalt nur für die Bewerbung vorgesehen – Gelder, die in der Stadt bitter fehlen. Für Schulturnhallen mit dichten Dächern, zum Beispiel.

Widerstand gegen diesen Wahnsinn formiert sich. Im Bündnis NOlympia Berlin arbeiten Genoss*innen der lokalen Ortsgruppe IDA / Südberlin der Linksjugend [solid] und aus dem Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg der Partei Die Linke aktiv mit. Immer mehr Menschen signalisieren ihr Interesse daran und schließen sich an. Aus allen Bezirken der Linken Berlin aber auch über die Parteipolitik hinaus. Vielleicht ja auch Sie?

Christophe Immer



Friedenspolitik und Friedensdemonstrationen

unterstützen – dafür steht DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg

Am 25. Oktober fand am Brandenburger Tor in Berlin eine Friedensdemonstration statt, an der tausende Menschen teilnahmen. Die Versammlung zeigte, dass sich Die Linke und im Besonderen unser Bezirksverband weiterhin gegen den kriegerischen Kapitalismus und für Friedenslösungen einsetzt. Unser Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg, der sich für eine friedenspolitische Ausrichtung der Außenpolitik einsetzt und an der Seite der friedenspolitisch engagierten Initiativen steht, war selbstverständlich auch diesmal vertreten. Erfreulicherweise kann berichtet werden, dass keine andere Partei oder Organisation so sichtbar war wie Die Linke. Die Demonstration war gekennzeichnet von blauen Parteifahnen mit der Friedenstaube. Neben unseren Bezirksmitgliedern waren unzählige Parteimitglieder aus anderen Bezirken und Bundesländern vor Ort. Ebenso war unser Jugendverband, die Linksjugend [solid] und ihr Studierendenverband Die Linke.SDS, mit zahlreichen Fahnen und Transparenten vertreten. Gemeinsam mit der SDAJ konnte spontan sogar ein eigener sozialistisch-orientierter Jugendblock gebildet werden. Das zeigt ganz klar, dass die Friedenspolitik auch ein zentrales Anliegen unserer Jugend ist! Ihr Engagement begrüßen wir als Bezirksverband ausdrücklich und möchten es unbedingt mitnehmen. Es ist deswegen wichtig, den Perspektiven der jungen Friedensgeneration Raum zu geben und das möchten wir hier an dieser Stelle auch in Zukunft tun.

Die Ordner*innen wurden auf wenige Teilnehmer*innen mit rechten Symbolen aufmerksam gemacht und sachlich auf die linken und humanistischen Kundgebungsziele hingewiesen, für jene alle Teilnehmer*innen einstehen mussten. Etwaige Plakate oder Fahnen, beispielsweise von Compact, mussten eingepackt werden. Diese Überzeugung war auch in der Rede von Ates Gürpınar aus dem Bundesvorstand spürbar, der die Aufnahme von Geflüchteten und Desserteur*innen aller Länder betonte und sich damit von anderen Redner*innen abgrenzte.

Wir als Bezirksverband unterstützen die Friedensdemonstrationen, weil Waffenlieferungen, Sanktionen und Co. keinen Frieden sichern. Im Gegenteil: Sie verlängern Kriege, fordern noch mehr zivile Opfer und schaden, durch die global verzweigte

Wirtschaft, am Ende auch zusätzlich der Bevölkerung in Deutschland, also uns allen. Zumindest, wenn Sie nicht gerade Rheinmetall-Aktien besitzen. In der Tradition von Internationalist*innen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sehen wir unsere Rolle darin, auf die destruktive Natur des Kapitalismus hinzuweisen. Die Lektüre der Schriften von Luxemburg und Liebknecht erklärt unsere Sichtweise dazu ausdrücklich. Wir stehen weder an der Seite machtgieriger Autokraten, noch an der Seite hegemonial agierender NATO-Staaten und fordern weiterhin den Austritt Deutschlands aus der NATO.

Wir als Linke sehen die Verbindung unterschiedlicher Kämpfe als unsere Aufgabe und glauben, dass wahrer Frieden nur durch soziale Gerechtigkeit und die Überwindung des Kapitalismus erreichbar ist. Clara Zetkin hat beispielsweise aufgezeigt, wie Kriege Frauen benachteiligen. Diese Analyse verstehen wir als prinzipielles Beispiel für die Vielschichtigkeit, unter der Menschen durch Krieg und über die Frontsoldaten hinaus, leiden. Der Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg unterstützt aktiv diese Positionen und setzt sich für eine linke Ausrichtung in der Friedensbewegung ein. Wir laden alle ein, sich uns anzuschließen und für eine friedliche und gerechte Welt zu kämpfen.

Johannes Franck



DIE LINKE

Tempelhof-Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68, 10827 Berlin

Öffnungszeiten i.d.R.:

Di. und Do.: 12-17 Uhr

Mo. und Fr. 13-15 Uhr

(während der Ferienzeit

Mo. und Fr. geschlossen)

Tel. : +49 30 21 997 140

Fax: +49 21 729 26

E-Mail: bezirk[at]dielinke-

tempelhof-schoeneberg.de

Webseite: www.dielinke-

tempelhof-schoeneberg.de

Termine

Mitgliederversammlung

15.02.2024, 19 Uhr

Bezirksvorstand

09.01., 06.02., 05.03.2024,

19 Uhr

27.01., 11-15 Uhr Klausur

Marxistischer Lesekreis

24.02.2024, 17 Uhr

Basisorganisation in

Tempelhof

25.01.; 22.02; 23, 19 Uhr

Veranstaltungen:

Lasst uns reden

14.03., 18 Uhr, Kaiserin-
Augusta-Str. 75, 12103 Bln.

[Solid] Werkstatt

Sa. 20.01. u. So. 21.01.2024

XXIX Internationale Rosa- Luxemburg-Konferenz

(RLK) Tempodrom [https://
www.jungewelt.de/rlk/](https://www.jungewelt.de/rlk/)

RLK SDAJ-Werkstatt

Sa. 13.01.2024

Sozialrechtsberatung

Claus Förster, RA:

16.01.24 / in der Regel am

2. Dienstag im Monat, 16

Uhr, in der Roten Insel.

Gerne mit Anmeldung.

„Schwester, was bleibt uns denn?“

Ein Theaterstück in Lichtenrade

Die Geschichtswerkstatt Lichtenrade hat vor fast 40 Jahren begonnen, die Geschichte des südlichen Tempelhofer Ortsteils im Nationalsozialismus zu erforschen und darüber zu berichten. So auch über die Ereignisse in der Silvesternacht 1932/33, als Erich Hermann, ein junger Kommunist aus einer Lichtenrader Arbeiterfamilie durch einen SA-Mann erstochen wurde. Diese Geschichte führte in Lichtenrade vor genau 20 Jahren zu der Benennung des Platzes an der Wünsdorfer Straße/ Ecke Blohmstrasse in „Erich-Hermann-Platz“. Die historischen Hintergründe sind von der Lichtenrader Geschichtswerkstatt jetzt erneut in einem Buch publiziert worden.*

Außerdem wurde das Thema vom selbstorganisierten Theater-Ensemble „Tütü Sabotage“ (mit der integrierten Band „Trörö Sabotage“) zu einem Theaterstück verarbeitet, das an drei Abenden im Dezember 2023 – mittlerweile zum dritten Mal – aufgeführt wurde. Premiere war bereits im Juni 2022. Die bewegende Inszenierung wurde vom Publikum auch diesmal mit großer Begeisterung für die schauspielerische Leistung und für die gelungene und detailreiche Umsetzung des historischen Stoffes aus der Perspektive der Schwester Erich Hermanns aufgenommen. Sie führt wie in einem Sittengemälde in die Lichtenrader Ge-

sellschaft am Ende der Weimarer Republik und in die damaligen politischen Konflikte, die im „Zeitalter der Extreme“ auch mit Gewalt ausgefochten wurden und schließlich im Faschismus endeten. Da nur noch wenige Zeitzeugen von dieser Zeit authentisch berichten können, ist das Theater eine wertvolle Methode, nicht nur um Wissen zu vermitteln, sondern auch um die emotionale Ebene bei Menschen anzusprechen. Empathie ist Voraussetzung für humanistisches Handeln in der Gegenwart. Dafür setzt sich das Theater-Ensemble ein, ebenso der Verein „Lichtenrade Solidarisch“, in dessen Räumen in der Wünsdorfer Straße 56 die Inszenierung erfolgte. Die engagierten jungen Menschen des Vereins bauen dort derzeit ein soziales Zentrum mit vielen Angeboten auf und wollen mit der Lichtenrader Nachbarschaft so in Kontakt kommen und sich vernetzen. Wer das Stück noch nicht gesehen hat, kann dieses am 25.01.2024 nachholen. Anmeldungen für die Theateraufführung sind aufgrund der begrenzten Platzzahl notwendig unter: tutusabotage@mailo.com

*Ruth Zantow und Andreas Bräutigam
(Berliner Geschichtswerkstatt e.V.)*

* Erhältlich bei Berliner Geschichtswerkstatt e.V., Goltzstr. 49, 10781 Berlin

Impressum Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin; Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 4-8x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 1000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Stanislaw Jurk; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei Gottschalk; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Planung für die nächste Ausgabe: 09.01.2024, Redaktionsschluss der Winter-Ausgabe 2023/24 war am 15.12.2023. Schlussredaktion: 10.01.2024. Diese Ausgabe erscheint voraussichtlich online am 09.01.2024. In Druckversion am 12.01.2024.